

Publireportage

Der neue Audi Partner in Rüslikon

RÜSCHLIKON An einem strahlenden Herbst-Wochenende konnten Jürg und Rolf Kury nach gut 1½-jähriger Bauzeit die Kury Park Side AG an der Seehaldenstrasse 2 in Rüslikon einweihen.

Der neue 3600 Quadratmeter grosse Audi-Betrieb besticht unter anderem durch einen grosszügigen Showroom, in welchem die neuesten Audi-Modelle präsentiert werden. Daneben werden auch Audi-Occasions-Modelle angeboten. Besonders attraktiv: Mit dem neuen «Car-Configurator» können Audi-Kunden ihr Wunsch-Auto digital konfigurieren und an einem grossen Monitor aus allen Perspektiven betrachten.

Im Obergeschoss befindet sich eine einladende Kunden-Lounge für bis zu 25 Personen, die bei Bedarf gemietet werden kann.

Die Werkstatträume sind grosszügig gestaltet und mit modernster Technik ausgestattet. In den 2 Untergeschossen werden die technischen Einrichtungen sowie ein Lager für Räder und Pneu beherbergt.

Wie Jürg Kury erläuterte, der das Familien-Unternehmen seit den frühen Siebzigerjahren gemeinsam mit Bruder Rolf führt, drängte sich ein Neubau auf, um den Ansprüchen an einen modernen, grosszügigen Audi-Betrieb zu genügen.

Das bisherige Unternehmen an der Moosstrasse 9 wird ab sofort als VW-Vertretung geführt. An der Infrastruktur ändert sich nichts: Nebst Carrosserie-Werkstatt und Spritzwerk stehen die Tankstelle und die beiden Waschanlagen weiterhin zur Verfügung.



Das neue Audi Partner-Unternehmen «Kury Park Side AG»

Die Firma Auto Kury AG wird im Übrigen per 1. Januar 2017 aus betrieblichen Gründen in Kury Automobile AG umbenannt.

Laut Ruedi Schellenberg von S&S Schellenberg und Schnoz Architekten AG Zürich/Rüslikon, die für die Planung und den Bau verantwortlich war, ist die Kury Park Side AG zukunftsweisend: Dies manifestiert sich zum Beispiel darin, dass dieser Betrieb das Zertifikat Minergie tragen darf. So sind z.B. 16 Erdsonden 220m tief in den Boden versenkt worden.

25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter drei Lernende, küm-

mern sich an der Seehaldenstrasse in Zukunft um die Kundschaft.

Jürg und Rolf Kury freuen sich über das gelungene Bauwerk. Mit der Eröffnung des neuen Betriebes hält auch die junge Generation Einzug: Chantal Kury gehört ab sofort mit zum Team.



Kury Park Side AG
Seehaldenstrasse 2
8803 Rüslikon
Tel. 044 724 52 00
Fax 044 724 52 99
info@kury-parkside.ch
www.kury-parkside.ch

www.kuery-parkside.ch
...wir sind Audi!

Standort Schweiz

Wen kümmert schon die Krankenkassenprämie?



Der 66-jährige Robert E. Gubler ist Kommunikationsfachmann, ist verheiratet und lebt in Wädenswil. Robert E. Gubler ist Gründer und Partner der Communicators Zürich AG, Vorstandsmitglied beim Schweizerischen Gewerbeverband und Treuhänder Suisse sowie Vorsitzender des Forums Zürich. Robert E. Gubler wandert und fährt Ski.

Seit dem 1996 in Kraft getretenen Krankenversicherungsgesetz steigen die Gesundheitskosten und damit auch die Kassenprämien ständig, obwohl mit diesem Gesetz eben die Kostensenkung oder mindestens eine -Bremsung des ständigen Kostenschubs im Fokus stand. Zum 20-Jahr Jubiläum werden Versicherte und Steuerzahler einmal mehr mit der Hiobsbotschaft «überdurchschnittliche Kosten- und Prämiensteigerungen» konfrontiert. Die Revision von 2009 hat da leider nichts geändert. Der medialen Aufregung folgen einmal mehr keine Taten. Der Bundesrat labort in den Details und kann sich nicht durchsetzen. Das Parlament ist hoffnungslos parteiisch und kann den gordischen Knoten unter

den Leistungserbringern im Gesundheitswesen nicht auflösen. Blicke als letzte Instanz nur das Volk.

Wer sich auch noch um die Kostenschübe und die damit verbundenen Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzhaushalte und auf die latenten neuen Lohnforderungen kümmern könnte, sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Diese sehen sich bereits mit diversen weiteren Herausforderungen konfrontiert: Forderungen zur Sanierung von AHV und Pensionskassen, Mehrkosten für die Energie und neue Abgaben und Gebühren für allerlei neue und alte Dienstleistungen des sogenannten Service Public sowie auch dem absehbaren Mehraufwand bei der Rekrutierung in- und ausländischer Arbeitskräfte. Da bleiben keine Ressourcen frei, um sich auch noch um die Gesundheitspolitik zu kümmern. Dass diese Kosten eher früher als später auf die Wirtschaft zukommen werden – als höhere Steuern, allenfalls in steigenden Lohnnebenkosten oder als zusätzliche Lohnforderungen – ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Dabei müssten an der Qualität und bei der individuellen Betreuung der Patientinnen und Patienten keine Abstriche gemacht werden. Im heutigen Gesundheitssystem könnten allein dank Wegfall falscher Anreize und Doppelspurigkeiten sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Behandlung sowie bei Medikamenten sicher sechs, eher sogar zehn Milliarden Franken jährlich eingespart werden. Das würde dem Gesundheitswesen mehr Effizienz und Transparenz und den Beitragszahlern, auch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, eine mehrjährige finanzielle Verschnaufpause verschaffen.

Leistungserbringer optimieren primär eigene Einkünfte und Umsätze

Die Institutionen im Gesundheitswesen verwedeln diese Optionen, um Umsätze und Einkommen zu Lasten der Allgemeinheit zu sichern oder sogar noch weiter auszubauen. Den grössten Kostenblock im Gesundheitswesen machen zur Zeit die Investitionen in die Infrastruktur aus, also in Land und Beton. Es liegt in der ökonomischen Logik, dass diese Gelder amortisiert und verzinst werden müssen. Das wird nur über weitere Mengenausdehnung und Angebotsausbau zu schaffen sein, das Gegenteil dessen, was Not tate. Schlimm genug, dass jede Region und jeder Kanton eigene (Über-)Kapazitäten bereit stellt um ja jeder Kooperation mit Nachbarregionen oder mit spezialisierten Häusern entgegen zu können. Eine ähnliche Geschichte liefern Ärzte und Apotheker. Die Frage war, ob Medikamentenverkauf über die Ärzte die Apotheken zu Geschäftsaufgaben zwingen würde oder ob mit dem grösseren Verteilnetz über die Ärzte mehr Medikamentenabgaben, also höhere Kosten, einher gehen werden. Inzwischen ist klar, dass Apotheken nicht sterben, Ärzte aber höhere Einkommen über den Medikamentenverkauf erzielen und insgesamt die Kosten zusätzlich steigen. Behandlungen im Spital kommen die Krankenkassen günstiger als Behandlungen beim Arzt. Im Spital zahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gerade etwa die Hälfte der Kosten mit. Kein Wunder, dass die Kassen daran interessiert sind, die Patientinnen und Patienten in die Spitäler zu schicken, kein Wunder sehen die Spitäler eine gute Geschäftsbasis, Kapazitäten hochzufahren, und kein Wunder müssen so die Hausärzte mit Medikamentenverkäufen das verlorene Terrain finanziell kompensieren.

Falsche Anreize, nicht Alter und Medizinfortschritte, sind Prämientreiber

Selbstverständlich dürfen wir mit Freude beobachten, dass die Menschen hierzulande – viele bei guter Gesundheit – immer älter werden. Es braucht offenbar weniger Heim- und Pflegeplätze dank gezielter Spitex-Unterstützung zu Hause. Selbstverständlich dürfen wir feststellen, dass die Medizin immer neue Fortschritte und Möglichkeiten zur Erhaltung unserer Gesundheit findet. Und klar führt die demographische Entwicklung dazu, dass die Überalterung der Gesellschaft den zahlenmässig abnehmenden jüngeren Jahrgängen gegenüber steht. Damit begründen Interessenvertreter, Bundesräte und Krankenkassen die ungebremste Steigerung der Gesundheitskosten und der Krankenkassenprämien.

Wer etwas genauer hinschaut, blendet diese jährlich wiederkehrende wahre, aber nicht allein entscheidende Leier aus und befasst sich am besten mit den im Gesetz implizierten unnötigen Kostenfolgen: Undurchschaubarkeit der Geldströme von Krankenkassengeldern und Steuermitteln von Bund, Kantonen und Gemeinden im Gesundheitswesen, die obligatorische Bezahlung von allen Arztbesuchen ohne jede Qualitäts- oder Mengenkontrolle, die Weigerung des Bundesrates und des Parlamentes, den Selbstbehalt und damit die Eigenverantwortung der Bürger und Prämienzahler zu stärken und die damit verbundenen Einsparungen an die Prämienzahlerinnen und -zahler weiterzugeben.

Dem Volk das Heft in die Hand geben
Es ist an der Zeit, dass die Arbeitgeber – auch im Sinne ihrer Mitarbeitenden – das Heft in die Hand nehmen und dem Volk

eine Initiative zum Entscheid vorlegen, die falsche Anreize im Gesundheitswesen eliminiert und die bisherigen Gesundheitsleistungen für alle heutigen und künftigen Patientinnen und Patienten gewährleistet. Das ist möglich und das kann sogar mit geringeren Krankenkassenprämien verbunden sein. Nicht für alle Zeit, aber für eine notwendige Kostenpause für alle. Das Volk ist die einzige Instanz und wäre, zusammen mit den Unternehmen als Prämienzahler wie auch als Steuerzahler, der primäre Nutzniesser. Das ist nicht falsch und erst noch ein effektiver Beitrag, um am richtigen Ort ohne Abbau von Leistungen konkret sparen zu können.

S und S

Architektur
Bautreuhand
Expertisen
Verwaltungen

Schellenberg & Schnoz AG
Architekten
Liegenschaftsverwaltung

Scherrstrasse 3 8006 Zürich
044 368 88 00
info@sunds.ch

Bahnhofstrasse 93
8803 Rüslikon
044 724 16 13
www.sunds.ch